

[← zurück](#)

Demenzpflege

Spaziergang mit Arbeitslosen



Demenzkrankte
(Foto: dpa)

Mehrere tausend Langzeitarbeitslose sollen künftig Demenzkranke in Pflegeheimen betreuen. Sie sollen die geistig verwirrten Menschen füttern, ihnen vorlesen und mit ihnen spazieren gehen, wie der Sprecher des Gesundheitsministeriums, Klaus Vater, am Wochenende sagte. Insgesamt würden 10 000 Betreuer benötigt. Das mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) verabredete und in der Gesundheitsreform festgelegte Programm solle am 1. September beginnen. Pflegevertreter kritisierten die Pläne scharf.

Vater sagte, auf diese Weise solle den Demenzkranken ein "humanerer Alltag" ermöglicht werden. Der Bedarf sei da. Er betonte, die Langzeitarbeitslosen würden nicht zu Pflegeleistungen hinzugezogen, da dafür eine spezielle Ausbildung nötig sei, sondern ihnen würden nur Betreuungsaufgaben zugewiesen. Die Pflegekassen würden die Kosten tragen. Ihre Höhe konnte er nicht beziffern. Der Sprecher wies darauf hin, es gebe rund 15 000 arbeitslose Pfleger.

Der Münchner Pflegeexperte Claus Fussek kritisierte in der Süddeutschen Zeitung (SZ): "Man kann nicht jeden in so einen Beruf schicken."

Die pflegepolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Elisabeth Scharfenberg, sagte: "Man muss sich für diesen Beruf entscheiden, und kann nicht hinein-entschieden werden". Kritik kam auch von der FDP. "Allein der Umstand der Arbeitslosigkeit ist keine Qualifikation für einen Pflegeberuf. Die Pflege alter und kranker Menschen ist zu wichtig für eine solche arbeitsmarktstatistische Scharlatanerie", sagte Generalsekretär Dirk Niebel der Bild am Sonntag.

Die Arbeitslosen sollen offenbar nur eine Kurzausbildung bekommen, wie die SZ weiter berichtete. Ein Entwurf des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sehe 160 Stunden Unterricht (vier Wochen à 40 Wochenstunden) und einige Praktika vor. Vergleichbare Lehrgänge in der Vergangenheit hätten 900 Stunden Schulung (etwa ein halbes Jahr) vorgesehen, kritisierte ein Sprecher der Deutschen Alzheimergesellschaft.

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) bedauerte die Debatte, in die sich "Misstrauen und Arroganz gegenüber den Arbeitslosen eingeschlichen" habe. Das hätten diese nicht verdient. Viele von ihnen seien ausgesprochen sozial engagiert und hätten gute Vorkenntnisse im pflegerischen Bereich. Betroffene warteten auf eine solche Regelung.

Pflegeverband begrüßt Einsatz von Arbeitslosen

Der Deutsche Pflegeverband (DPV) hat die Pläne der Bundesregierung begrüßt, Langzeitarbeitslose für die Betreuung Demenzkranker in Pflegeheimen einzusetzen. "Grundsätzlich gibt es auch unter Arbeitslosen Menschen mit sozialer Kompetenz und sozialer Intelligenz", sagte DPV-Geschäftsführer Rolf Höfert am Montag in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur dpa in Koblenz. Voraussetzung sei aber, dass die Arbeitslosen Interesse an diesem Job hätten und dazu nicht gezwungen würden. Das Bundesgesundheitsministerium hatte am Wochenende erklärt, dass Arbeitslose nach einer Fortbildung zusätzlich zu den regulären Fachkräften eingesetzt werden sollen.

Nach Einschätzung von Höfert reicht jedoch eine Vorbereitung von 160 Stunden nicht als Qualifizierung der Arbeitslosen aus. "Es sind soziale, rechtliche und psychologische Kenntnisse nötig", meinte der DPV-Geschäftsführer. Ohne entsprechende Vorbereitung könnten die Pflegeassistenten bei ihrer neuen Tätigkeit schnell "ausbrennen". Der Einsatz von Arbeitslosen sei zwar "nicht die Rettung des Systems" - er könne aber helfen, die Situation etwas zu entspannen, sagte Höfert. Der DPV mit Sitz in Neuwied ist nach eigenen Angaben der drittgrößte Pflegefachverband in Deutschland. Er hat rund 5500 Mitglieder, die sich für das Wohl pflegebedürftiger Menschen einsetzen.

Höfert erklärte, die zusätzlichen Betreuer könnten bei sogenannten aktivierenden Maßnahmen für Demenzkranke helfen. Dazu gehörten Gespräche und Spiele, die bislang wegen der Personalknappheit häufig zu kurz kämen. Demenzkranken neigte häufig dazu wegzulaufen, sagte der Geschäftsführer weiter. Wenn sie aber eine Begleitung oder Beschäftigung hätten, komme dieses seltener vor. Die Pläne der Bundesregierung sollten daher nicht schlechtgeredet werden, ergänzte Höfert. Verbände und die FDP hatten die Pläne am Wochenende kritisiert. (ap/dpa)

[document info]

Copyright © FR-online.de 2008

Dokument erstellt am 17.08.2008 um 17:44:07 Uhr

Letzte Änderung am 18.08.2008 um 15:12:36 Uhr

Erscheinungsdatum 17.08.2008 um 17:44:07 Uhr

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1547578&em_loc=1231